

BORIS BARTH, *Banken und Konzessionsgesellschaften in den deutschen Kolonien : Betriebswirtschaftliche Kalkulation und deutscher Imperialismus*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento» (ISSN: 0392-0011), 24 (1998), pp. 191-215.

Url: <https://heyjoe.fbk.eu/index.php/anisig>

Questo articolo è stato digitalizzato dal progetto ASTRA - *Archivio della storiografia trentina*, grazie al finanziamento della Fondazione Caritro (Bando Archivi 2021). ASTRA è un progetto della Biblioteca Fondazione Bruno Kessler, in collaborazione con Accademia Roveretana degli Agiati, Fondazione Museo storico del Trentino, FBK-Istituto Storico Italo-Germanico, Museo Storico Italiano della Guerra (Rovereto), e Società di Studi Trentini di Scienze Storiche. ASTRA rende disponibili le versioni elettroniche delle maggiori riviste storiche del Trentino, all'interno del portale [HeyJoe](#) - *History, Religion and Philosophy Journals Online Access*.

This article has been digitised within the project ASTRA - *Archivio della storiografia trentina* through the generous support of Fondazione Caritro (Bando Archivi 2021). ASTRA is a Bruno Kessler Foundation Library project, run jointly with Accademia Roveretana degli Agiati, Fondazione Museo storico del Trentino, FBK-Italian-German Historical Institute, the Italian War History Museum (Rovereto), and Società di Studi Trentini di Scienze Storiche. ASTRA aims to make the most important journals of (and on) the Trentino area available in a free-to-access online space on the [HeyJoe](#) - *History, Religion and Philosophy Journals Online Access* platform.

Nota copyright

Tutto il materiale contenuto nel sito [HeyJoe](#), compreso il presente PDF, è rilasciato sotto licenza [Creative Commons](#) Attribuzione–Non commerciale–Non opere derivate 4.0 Internazionale. Pertanto è possibile liberamente scaricare, stampare, fotocopiare e distribuire questo articolo e gli altri presenti nel sito, purché si attribuisca in maniera corretta la paternità dell’opera, non la si utilizzi per fini commerciali e non la si trasformi o modifichi.

Copyright notice

All materials on the [HeyJoe](#) website, including the present PDF file, are made available under a [Creative Commons](#) Attribution–NonCommercial–NoDerivatives 4.0 International License. You are free to download, print, copy, and share this file and any other on this website, as long as you give appropriate credit. You may not use this material for commercial purposes. If you remix, transform, or build upon the material, you may not distribute the modified material.



Banken und Konzessionsgesellschaften in den deutschen Kolonien. Betriebswirtschaftliche Kalkulation und deutscher Imperialismus

von *Boris Barth*

Einigkeit besteht in der Forschung darüber, daß der deutsche Kolonialismus – wie auch der italienische – an wirtschaftlichen Kriterien gemessen ein Verlustgeschäft war und daß die deutschen Schutzgebiete keinerlei ökonomische Bedeutung für das Mutterland gewinnen konnten. Bei dieser im Kern zutreffenden Feststellung ist jedoch eine weitere Differenzierung in eine volkswirtschaftliche und eine betriebswirtschaftliche Ebene notwendig, denn im internationalen Vergleich ist umstritten, ob der Kolonialismus des 19. Jahrhunderts sich – außer für die holländische – überhaupt für irgend eine Nationalwirtschaft direkt rentiert hat. Selbst das britische Empire, das im späten 19. Jahrhundert auf dem Kontinent geradezu als der Modellfall für einen auch ökonomisch erfolgreichen Imperialismus angesehen wurde, war – von der Ausnahme Indiens abgesehen – aus der volkswirtschaftlichen Perspektive der Ökonomie der britischen Insel für lange Jahre zunächst ein Verlustgeschäft, obwohl zahlreiche Investoren, Bankiers in der *City*, Teilhaber von Chartergesellschaften und anderer Firmen in Indien, in Südafrika, in Ägypten oder in weiteren Regionen häufig ein Vermögen verdient haben.

Diese Akkumulation von Reichtum wirkte sich dann indirekt positiv auf die Ökonomie des Mutterlandes aus. Genau dieser Aspekt aber fehlt im deutschen Fall, da nur wenige Firmen vorzeigbare Profite aus kolonialen Unternehmungen erwirtschaften konnten. Das sowohl von vereinzelt staatlichen deutschen Stellen, als auch von Teilen der veröffentlichten Meinung häufig proklamierte Ziel, in den Schutzgebieten Rohstoff- und Absatzmärkte für die deutsche Industrie und für Handelsgesellschaften zu schaffen, deckte sich in den wenigsten Fällen mit den betriebswirtschaftlichen Kalkulationen, die typisch für die Privatwirtschaft waren.

Allerdings war die Periode des deutschen Kolonialismus mit 30 Jahren insgesamt zu kurz, als daß sich die Ökonomien der Schutzgebiete auch zu einem volkswirtschaftlich profitablen Unternehmen hätten entwickeln können. Selbst das französische Kolonialreich, das auf eine viel längere Tradition wirtschaftlicher Entwicklungen zurückblicken konnte, begann sich erst nach 1918 volkswirtschaftlich zu rentieren¹. Doch ist in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg im deutschen Falle eine Trendwende erkennbar. Zwar sind Prognosen, wie sich das deutsche Imperium entwickelt hätte, wäre der Erste Weltkrieg nicht ausgebrochen, äußerst spekulativ, aber unüberschbar stiegen kurz vor dem Kriegsausbruch die privaten produktiven Investitionen in den Schutzgebieten deutlich an². Gleichzeitig verstärkten sich auch die begründeten Erwartungen, daß vor allem wegen der nun erheblich ausgebauten Eisenbahnnetze und Verkehrsverbindungen mittelfristig auch erhöhte Renditen in das Mutterland zurückfließen würden.

Die ersten drei Teile dieses Aufsatzes untersuchen im Folgenden chronologisch die Aktivitäten der wichtigsten deutschen Banken und Bankiers sowie einiger Konzessionsgesellschaften in den deutschen Schutzgebieten. In einem vierten Teil werden die Wirkungen ausgewählter deutscher Investitionen auf die kolonialen Ökonomien mit ihren sozio-ökonomischen Auswirkungen skizzenhaft und mit vorläufigen Zielsetzungen analysiert. Eine erschöpfende Behandlung dieses Aspektes ist wegen der unbefriedigenden Quellenlage nicht möglich.

1.

Während der ersten Phase der deutschen Kolonialerwerbung (1884-1886) spielten große oder etablierte Banken, Industrieunternehmen und Handelshäuser in der Regel keine zentrale Rolle: Weder vor Ort noch als Akteure in der Kolonialpropaganda. Lediglich einzelne Kaufleute, die – volkswirtschaftlich gesehen – verschwindend geringe Interessen in der Südsee und noch weniger in Afrika besaßen, beteiligten sich an der Etablierung eines deutschen kolonialen Imperiums. Ökonomische Erwartungen, daß mit Hilfe eines überseeischen Reiches, verbunden

¹ Allerdings ist die Frage, ob das französische Imperium jemals volkswirtschaftlich rentabel wurde, in Frankreich umstritten, vgl. die Debatten um J. MARSEILLE, *Empire coloniale et capitalisme française. Histoire d'un divorce*, Paris 1984.

² Wenn im folgenden der Terminus 'Imperium' verwendet wird, so ist dies im Sinne des englischen 'empire' zu verstehen.

mit einer großen Exportoffensive in ferner Zukunft einmal dem britischen Empire Konkurrenz gemacht werde könne, existierten im Deutschen Reich durchaus – nur waren derartige Träume vorrangig nicht in der Privatwirtschaft, sondern eher in Teilen der veröffentlichten Meinung beheimatet. Bereits hier ist ein Konfliktherd zu erkennen, der in der deutschen Kolonialpolitik bis zum Ersten Weltkrieg eine Rolle spielen sollte und den Bismarck erkannt zu haben schien. Dem Reichskanzler war bewußt, daß eine überseeische Expansionspolitik, bei der staatliche preußisch-deutsche Institutionen die Federführung übernehmen würden, zum Scheitern verurteilt war. Daher versuchte er die Kolonialpolitik von Anfang an eng an das britische Vorbild anzulehnen und weitgehende Konzessionen (*charters*) an privatwirtschaftliche Institutionen zu vergeben, die die eigentliche koloniale Erschließung und Verwaltung nach kaufmännischen Kosten-Nutzen Rechnungen vornehmen sollten. Erst 1881 hatte die britische Regierung nach einer längeren Pause erneut eine weitgehende Charter an die British North Borneo Company erteilt, so daß dieses Modell nicht nur zeitgemäß zu sein schien, sondern auch die modernste Verkörperung von imperialistischer Expansion darstellte, die als Orientierungsmarke zur Verfügung stand³. Ohne daß dies im einzelnen quellenmäßig belegbar ist, scheint Bismarck sich – möglicherweise bedingt durch das britische Vorgehen in Ägypten – sehr genau mit der Struktur und dem Aufbau des britischen Empires beschäftigt zu haben.

Doch endete Bismarcks Konzept, das britische Vorbild nachzuahmen und die neu erworbenen afrikanischen Schutzgebiete durch *chartered companies* erobern und verwalten zu lassen, bekanntlich schon nach etwa zwei bis drei Jahren in einem wirtschaftlichen Desaster. Die unterkapitalisierten Konzessionsgesellschaften, hinter denen (mit der Ausnahme der Neu-Guinea Company) weder Konsortien von großen Kaufleuten noch finanzstarke Investoren standen, wurden durch die Verhältnisse in Afrika finanziell überfordert und standen vor dem Bankrott. Die Verwaltungs- und Erschließungskosten, zu denen auch bald große Ausgaben für polizeiliche Aufgaben kamen, waren von einem Handelshaus wie etwa dem von Lüderitz nicht zu tragen. Hinzu kam, daß sich die systematische Suche nach Rohstoffen als weit kostenintensiver herausstellte als zunächst angenommen worden war. Auch Erträge aus der Plantagenwirtschaft konnten nur langfristig erwirtschaftet werden, und anfangs waren hohe Kapitalien notwendig, die für mehrere Jahre un-

³ Zur Charter von 1881 vgl. immer noch J.S. GALBRAITH, *The Chartering of the British North Borneo Company*, in «Journal of British Studies», 4, 1965, S. 102-126.

produktiv festgelegt werden mußten. Die *chartered companies* der ersten Stunde waren aber auf schnelle Gewinne angewiesen.

Profite versprachen allerdings die privatwirtschaftlichen Aktivitäten auf den Inseln in der Südsee und auf Samoa, die gelegentlich in den Darstellungen zum deutschen Imperialismus zu Unrecht nachrangig behandelt werden. Hier erzielten einige Firmen, wie etwa die Deutsche Handels- und Plantagen Gesellschaft (DHPG) auf Samoa, nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten enorme Profite⁴. Hohe Gewinne erwirtschaftete auch die Jaluit-Gesellschaft, die auf den Marshall-Inseln aktiv war und vom Koprahandel existierte. Diese gab ihre Charter erst nach der Jahrhundertwende zurück und konnte konstant Dividenden oberhalb von 12% ausschütten⁵. Hier bewährte sich Bismarcks Konzept der *chartered companies*, allerdings waren diese Erträge aus dem kolonialen Geschäft insgesamt zu gering, als daß sie für das Deutsche Reich volkswirtschaftlich ins Gewicht gefallen wären. Anhand der imperialen Streitigkeiten zwischen den USA, Großbritannien und dem Deutschen Reich um Samoa läßt sich allerdings auch zeigen, daß den deutschen Kaufleuten die Art der formalen Oberhoheit letztlich gleichgültig war. Sie benötigten für ihre Geschäfte vor allem stabile politische Verhältnisse. Zeitweise scheinen sie deshalb sogar bereit gewesen zu sein, der Übertragung der Hoheitsrechte an einen anderen Staat zuzustimmen oder ihren Besitz an englische oder amerikanische Interessenten zu verkaufen, wenn dadurch die imperialistischen Querelen, die den Handel beeinträchtigten, zu einem Ende gekommen wären⁶.

Die afrikanischen Schutzgebiete hingegen konnten nur durch die direkte und indirekte materielle Unterstützung des Reiches am Leben erhalten

⁴ Voraussetzung für das Prosperieren der Firma waren stabile politische Regelungen auf Samoa, die um die Jahrhundertwende gefunden wurden. Die Produktion und der Handel mit Kopra, Kakao und Kautschuk ermöglichte erhebliche Gewinne, und 1909 zahlte die Gesellschaft eine Dividende von 28%; vgl. H. GRÜNDER, *Geschichte der deutschen Kolonien*, Paderborn 1985, S. 188; zur Regelung der Samoa-Frage vgl. P.M. KENNEDY, *The Samoan Tangle. A study in Anglo-German-American Relations 1878-1900*, Dublin 1974; zur Kopraproduktion und zur deutschen Kolonialwirtschaft auf den Marianen vgl. neuerdings K. HARDACH, *König Kopra. Die Marianen unter deutscher Herrschaft 1899-1914*, Stuttgart 1990.

⁵ Vgl. W.O. HENDERSON, *Studies in German Colonial History*, London 1962, S. 32, Anm. 36; zur Jaluit-Gesellschaft siehe W. TREUE, *Die Jaluit-Gesellschaft*, in «Tradition», 7, 1962, S. 108-123.

⁶ Vgl. A. VAGTS, *Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik*, 2 Bde., New York 1935, S. 762 f. und 819 f.

werden, doch hatte Bismarck meistens mit einem Reichstag zu rechnen, dessen Mehrheit staatliche finanzielle Hilfsaktionen für private Firmen in Übersee ablehnte. Nur wenige Bankiers beteiligten sich an der Etablierung eines kolonialen Imperiums in Afrika, was in der älteren marxistischen Literatur meistens in unzulässiger Verallgemeinerung als typische Verhaltensweise der Finanzwelt beurteilt wurde. Drei bedeutende Mitglieder der deutschen Hochfinanz sind zu nennen, die Bismarcks afrikanisches Experiment letztlich retteten. Doch waren die Motive derjenigen Bankiers, die sich zu diesem weitreichenden Schritt entschlossen, heterogen und gerade nicht primär ökonomisch bestimmt. Gerson v. Bleichröder, der auf den ersten Blick erhebliche Summen bereitstellte, die, gemessen an seinem Vermögen, für ihn aber unbedeutend waren, handelte – wie Fritz Stern formuliert hat – als Gefangener seiner Prominenz. Seine Sonderrolle am preußisch-deutschen Hofe als Privatbankier Bismarcks und der preußisch-deutschen Oberschicht erlaubte ihm nicht, bei einem Unternehmen beiseite zu stehen, das vom Reichskanzler offen protegiert wurde. Ähnliches gilt auch für die Oppenheims in Köln, die, um ihre politische Loyalität zu Bismarck zu demonstrieren, geringe Summen zur Verfügung stellten⁷. Bleichröder waren die Schutzgebiete gleichgültig, sehr wohl sah er aber die Chance, den Kolonialismus zu nutzen, um einmal mehr in der europäischen Geheimdiplomatie tätig zu werden. Als persönlicher informeller Beauftragter Bismarcks kümmerte sich der Bankier intensiv um die Vorbereitungen der Berliner Kongo-Konferenz, ließ seine guten Kontakte zum belgischen König Leopold II. spielen und trug dazu bei, daß die Kongo-Akte aus deutscher Perspektive ein Erfolg wurde⁸. Die aus diesen Aktivitäten entstehenden informellen persönlichen Beziehungen zu europäischen Staatsmännern und Diplomaten dürften sich für Bleichröder langfristig auch für seine geschäftlichen Transaktionen in Europa ausgezahlt haben.

Ganz anders gelagert waren die Motive Adolf v. Hansemanns, der sich als zweiter wichtiger Finanzier maßgeblich an der deutschen Kolonialer-

⁷ Vgl. die brillante Analyse bei F. STERN, *Gold und Eisen*, Frankfurt a.M. 1977, das gesamte Kapitel über «Bleichröders Distanz zum Kolonialismus»; zu den Oppenheims: M. STÜRMER - G. TEICHMANN - W. TREUE, *Wägen und Wagen. Sal. Oppenheim jr. & Cie, Geschichte einer Bank und einer Familie*, München - Zürich 1989, S. 282.

⁸ Zu Bleichröders Aktivitäten bei der Kongo-Konferenz vgl. F. STERN, *Gold und Eisen*, S. 492 ff. und W.J. MOMMSEN, *Bismarck, the Concert of Europe, and the Future of West Africa*, in S. FÖRSTER - W.J. MOMMSEN - R. ROBINSON (edd), *Bismarck, Europe and Africa. The Berlin Africa Conference 1884-85 and the Onset of Partition*, Oxford 1988, S. 151-170, hier S. 164.

werbung beteiligte. Bereits im November 1880 hatte er in einer häufig zitierten, umfangreichen Denkschrift, in der das gesamte Argumentationsrepertoire der späteren Kolonialbewegung vorweggenommen worden war, für die Annexion des nördlichen Teils Neu-Guineas plädiert⁹. Hansemann war der Chef der Disconto-Gesellschaft, damals der größten deutschen Aktienbank, und damit einer der bedeutendsten Finanziers im Deutschen Reich. Er war von dem britischen und holländischen Kolonialreich stark beeindruckt und handelte vor allem bestimmt durch einen irrationalen kolonialen Enthusiasmus, der ihn – trotz aller Kritik auch innerhalb des Direktoriums seiner Bank – zeitweise jede kaufmännische Vernunft vergessen ließ. In der Formulierung von Steward Firth stellte vor allem Hansemanns Kolonie in Neu-Guinea das Hobby eines reichen Mannes dar¹⁰.

Ein ähnliches Urteil dürfte auch für die – allerdings ökonomisch durchkalkulierten – Projekte im Norden Deutsch-Südwestafrikas gelten. In der Regel regierte Hansemann Neu-Guinea am frühen Morgen, bevor er in die Bank kam. Er bemühte sich, das holländische Vorbild auf Java nachzuahmen, ohne dieses allerdings im Detail zu kennen. Subjektiv verfolgte er eine großzügige und patriarchalische Politik gegenüber der indigenen Bevölkerung. Sein Versuch, bewährte preußische Gesetze in Neu-Guinea einzuführen, führte zu bürokratischen Absurditäten und in einigen Fällen auch zu hohen Menschenopfern, was dem Bankier offenbar nicht bewußt wurde. Als sich das Direktorium der Disconto-Gesellschaft weigerte, weitere Kapitalien buchstäblich im Dschungel verschwinden zu lassen, ohne daß auch nur vage Aussichten auf Profite entstanden, finanzierte Hansemann seine Chartergesellschaft noch für einige Jahre aus seinem beträchtlichen Privatvermögen weiter. Erst nachdem große Geschäfte der Disconto-Gesellschaft beim Bau von Eisenbahnen in Venezuela mißglückt waren, wurde es notwendig, unprofitable Investitionen abzustoßen. 1898 gab Hansemann die Charter für die Neu-Guinea Company gegen eine beträchtliche Entschädigung an das Reich zurück, bemühte sich jedoch auch noch in den folgenden Jahren mit wechselndem Erfolg, Einfluß auf die Gesellschaft zu nehmen¹¹.

⁹ Die Denkschrift ist auszugsweise abgedruckt bei W.J. MOMMSEN, *Imperialismus. Seine geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen. Ein Quellen- und Arbeitsbuch*, Hamburg 1977, S. 120 f.

¹⁰ Vgl. S.G. FIRTH, *New Guinea under the Germans*, Melbourne 1982, S. 13 f. und 36.

¹¹ Vgl. hierzu weiterführend: B. BARTH, *Die deutsche Hochfinanz und die Imperialismen. Banken und Außenpolitik vor 1914*, Stuttgart 1995, S. 53-57.

Schwieriger als diese beiden Fälle ist die Rolle des dritten wichtigen Bankiers, Karl von der Heydt, zu beurteilen, der als einziger bedeutender deutscher Finanzier in Afrika ein wirkliches ökonomisches Risiko einging. Unter seiner Leitung wurde die Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft (DOAG) in Deutsch-Ostafrika saniert. Erst nachdem die Aufstände von 1888/89 ein militärisches Eingreifen von deutscher Marineinfanterie erforderlich gemacht hatten, da die Situation der kleinen Polizeitruppe der Gesellschaft entglitten war, bemühte sich auch von der Heydt seine verlustbringenden Investitionen loszuwerden und dem Reich die Hoheitsrechte abzutreten. Karl von der Heydt war durch das fundamentalistisch-protestantische Milieu in Elberfeld geprägt worden, wo ein bildungsfeindlicher Pietismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts einer national-chauvinistischen und teilweise auch rassistischen Weltanschauung den Boden bereitet hatte. Häufig wird ein Brief an Hamacher von 1886 zitiert, in dem von der Heydt ausführte, daß der Kolonialismus ein «Moment des Pangermanismus» und «nur ein Mittel zur Erreichung der wirtschaftlichen und politischen Weltherrschaft Deutschlands» sei¹².

Auch bei diesem Bankier standen bei dem Entschluß, sich maßgeblich am deutschen Kolonialismus zu beteiligen, keine betriebswirtschaftlichen Kalkulationen oder Hoffnungen auf große Profite im Vordergrund. Obwohl von der Heydts Gedankenwelt zahlreiche Berührungspunkte zu derjenigen von Carl Peters aufwies, war der Bankier doch bemüht, die Desperados der ersten Stunde aus der DOAG zu drängen und die Gesellschaft stufenweise zu übernehmen. Finanziell bedeutete der deutsch-englische Helgoland-Sansibar Vertrag von 1890, in dem das Deutsche Reich das nie wirklich kontrollierte Sansibar gegen die Insel Helgoland tauschte, für von der Heydt einen Gewinn, da die DOAG für die aufgegebenen und nicht ausgeübten Rechte eine Entschädigung erhielt. Dennoch gehörte der Bankier zu den maßgeblichen Initiatoren der Propaganda gegen das Abkommen mit Großbritannien.

Er wurde zum ersten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Verbandes gewählt, der drei Jahre später in den Alldeutschen Verband umbenannt wurde. Auch nachdem von der Heydt 1893 wegen interner Streitigkeiten über die zukünftige politische Strategie der Alldeutschen zurücktreten mußte, ließ der Bankier dem Verband immer wieder mate-

¹² Vgl. H.-U. WEHLER, *Bismarcks Imperialismus, 1862-1890*, in H.-U. WEHLER (ed), *Imperialismus*, Köln 1970, S. 259-288, hier S. 277,

rielle Unterstützungen zukommen, was für die finanziell nie besonders gut gestellten Alldeutschen eine wertvolle Hilfe bedeutete¹³.

2.

Die zweite Phase des Engagements deutscher Banken und Konzessionsgesellschaften in den deutschen Schutzgebieten läßt sich von 1887/89 bis etwa 1903/04 ansetzen. Zwar verschafften sich bedeutende deutsche Großbanken und Industriefirmen kleine 'Stützpunkte' in den Kolonien, um vertreten zu sein, sollten sich wider Erwarten doch große Gewinne aus dem kolonialen Geschäft erwirtschaften lassen. Ansonsten warteten sie ab, sammelten alle erreichbaren Informationen und beobachteten aufmerksam die Entwicklung¹⁴. Die investierten Summen waren unbedeutend und die kleinen Gewinne oder Verluste so unerheblich, daß sie in der Regel nicht einmal den Aktionären bekannt gemacht wurden.

Da sich trotz ständiger Versuche der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes seriöse Investoren für große Projekte nicht gewinnen ließen, entwickelten sich die deutschen Schutzgebiete seit dem Beginn der 1890er Jahre zu einem Tummelplatz für obskure deutsche und auch einige britische Spekulanten, denen es an Kapital mangelte und die auch kein Interesse an produktiven Investitionen hatten. Drechsler hat dies am Beispiel der Land- und Minengesellschaften in Deutsch-Südwestafrika detailliert untersucht¹⁵. Diese eher zwielichtigen Investo-

¹³ Zu Karl von der Heydts Rolle im Alldeutschen Verband vgl. R. CHICKERING, *We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886-1914*, London 1984, S. 52 f. und 225; G. ELEY, *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*, New Haven - London 1980, S. 49 f.

¹⁴ Vgl. etwa die Tätigkeit der Deutschen Bank, die 1886 die laufende Finanzierung der Firma O'Swald übernahm, und damit einen ersten Einblick in die entstehende koloniale Ökonomie in Deutsch-Ostafrika erhielt, hierzu: K. BÜTTNER, *Die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik in Ostafrika*, Berlin 1959, S. 67 f.; M. NUSSBAUM, *Vom Kolonialenthusiasmus zur Kolonialpolitik der Monopole. Zur deutschen Kolonialpolitik unter Bismarck, Caprivi, Hohenlohe*, Berlin 1962, S. 151, Anm. 1; oder die Darmstädter Bank, die sich schon 1883 gründlich mit der Situation des Handels und der regionalen Wirtschaft in Westafrika beschäftigt hatte, eigene Aktivitäten aber nicht in Angriff nahm, weil die Situation insgesamt zu unklar war. Hierzu: Stadt-Archiv Frankfurt a.M., *Bethmann-Archiv*, A, V, Bd. 843, 28. April 1883, Bank für Handel und Industrie an Gebr. Bethmann.

¹⁵ H. DRECHSLER, *Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft. Die großen Land- und Minengesellschaften*, Stuttgart 1996.

ren, denen in der Regel nur geringe eigene Mittel zur Verfügung standen, versuchten mit vagen Versprechungen jede mögliche Konzession zu erwerben. Dahinter stand die meist vergebliche Erwartung, diese Rechte später bei Manövern an der Börse zu Geld machen zu können oder durch irgend einen Zufall im Konzessionsgebiet auf spekulative Rohstoffe wie Gold oder Diamanten zu stoßen. Diese Hoffnungen wurden genährt, als 1886/87 am Rand im Transvaal (der Südafrikanischen Republik, wie der Burenstaat zeitgenössisch bezeichnet wurde) plötzlich die größten Goldvorkommen der Erde entdeckt wurden. Es schien keineswegs ausgeschlossen, daß im Inneren Afrikas noch weitere, ähnliche El-Dorados verborgen waren. Allerdings waren diese Konzessionäre weder gewillt noch in der Lage, die aufwendigen Expeditionen zu finanzieren und auszurüsten, die für eine systematische Suche nach Bodenschätzen erforderlich gewesen wären.

Darüber hinaus versuchte vor 1895 Cecil Rhodes in einem klassischen Fall von Subimperialismus Deutsch-Südwestafrika mit britisch-südafrikanischen finanziellen Mitteln ökonomisch zu unterwandern, beziehungsweise bestehende Konzessionen aufzukaufen. Dies geschah typischerweise, wie auch bei anderen Gesellschaften in Südafrika, mit einem Minimum an Kapitaleinsatz. Rhodes plante offenbar nicht, ökonomische Profite aus dem deutschen Schutzgebiet zu erwirtschaften. Statt dessen versuchte er alle erreichbaren Rechte an sich und seine Gesellschaften zu bringen, um in ferner Zukunft politische Schlußfolgerungen aus der ökonomischen Vorherrschaft britisch-südafrikanischen Kapitals zu ziehen. Diese Aktivitäten endeten jedoch mit dem fehlgeschlagenen Jameson-Raid, durch den die politische Stellung von Rhodes in Britisch-Südafrika unhaltbar wurde¹⁶.

Die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes sah keine Alternativen zur Zusammenarbeit mit diesen – aus deutscher Perspektive – zweifelhaften Investoren und Glücksrittern. Geschickte Spekulanten, wie etwa der Engländer Edmund Davis oder der Deutsche Julius Scharlach konnten mit vagen Versprechungen leicht weitreichende territoriale Konzessionen erhalten. Die erworbenen Rechte wurden in den folgenden Jahren hartnäckig und mit gieriger Energie verteidigt, ohne daß auch nur eine Mark in den Schutzgebieten investiert wurde¹⁷. Jahre später

¹⁶ Zu den Aktivitäten von Cecil Rhodes in Deutsch-Südwestafrika und zu seinen oft vorgeschobenen Strohmännern vgl. H. DRECHSLER, *Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft*, S. 94-104, bes. S. 102 f.

¹⁷ Vgl. im einzelnen die ausführlichen Darstellungen bei H. DRECHSLER, *Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft*, bes. Kapitel II.

rühmte sich Davis, daß er 35 Gesellschaften in deutschen, portugiesischen und britischen Kolonien leite, ohne auch nur einmal eine Dividende gezahlt zu haben¹⁸. Die Kolonialverwaltung in Berlin scheute in dieser Phase offenbar davor zurück, einen juristischen Präzedenzfall zu statuieren und eine bereits erteilte Konzession wieder zurückzunehmen, beziehungsweise zu enteignen. Möglicherweise waren die Befürchtungen zu groß, daß dieser Schritt vor einem deutschen Gericht keinen Bestand haben würde und dann die gesamte, ohnehin labile Verwaltungsstruktur der Schutzgebiete in Mitleidenschaft gezogen werden würde.

Doch hatten sich bereits vor der Jahrhundertwende auch einige deutsche Großbanken bereit erklärt, dem Reich erhebliche Summen zur infrastrukturellen Erschließung der Kolonien zur Verfügung zu stellen – allerdings zu Bedingungen, die der Reichstag nicht akzeptiert hatte. Indirekt ist ein Entwurf des Chefs der Deutschen Bank, Georg Siemens, überliefert. Siemens, der sich zur gleichen Zeit mit der Konzeption der Bagdadbahn zu beschäftigen begann und der in den USA einige – wenn auch bei der Northern Pacific Railroad nur wenig zufriedenstellende – Erfahrungen mit der Finanzierung der großen Eisenbahnlinien vom Atlantik zum Pazifik gemacht hatte, vertrat die Auffassung, daß der afrikanische Kontinent nur im großen Stil erschlossen werden könne. Diese Meinung vertraten in den folgenden Jahren auch andere Direktoren der Deutschen Bank konsequent in der Öffentlichkeit. Der freisinnige Abgeordnete Theodor Barth, der der Deutschen Bank nahestand, stimmte 1903 bei der Etatdebatte im Reichstag den Kolonialkritikern zu, daß die Kolonien ökonomisch keinen Wert darstellten. Sinngemäß führte er aus, daß sich ohne Eisenbahnen daran auch nichts ändern werde, während durch einen umfassenden Eisenbahnbau, der vom Staat mit mäßigem Kapitaleinsatz gefördert würde, gute ökonomische Perspektiven entstehen könnten¹⁹.

Siemens entwickelte 1895 die Grundzüge eines Finanzierungsplans für eine Transversalbahn in Deutsch-Ostafrika. Diese sollte von der Küste des Indischen Ozeans, die Sansibar gegenüber lag, bis zu den großen Seen an der westlichen Grenze des deutschen Schutzgebietes errichtet werden²⁰.

¹⁸ Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (von nun an PA/AA), Port. Besitzungen in Afrika, 6, 1, 2, 18. November 1912, Max M. Warburg an Auswärtiges Amt.

¹⁹ Vgl. Sten. Berichte des Reichstages, 188, S. 8801 ff.

²⁰ Vgl. F. SEIDENZAHL, *100 Jahre Deutsche Bank*, Frankfurt a.M. 1970, S. 167; sowie die von Regierungsbaumeister Hoffmann und Eisenbahnbaumeister Wolff ausgearbeitete Denkschrift in Bundesarchiv Koblenz, R 85, Bd. 168.

Damit sollte das Hinterland der flächenmäßig großen und teilweise noch fast unerforschten deutschen Kolonie erschlossen und auch den Steuerbehörden zugänglich gemacht werden. Ein – allerdings später formulierter – Nebengedanke des Projektes bestand ferner darin, daß durch diese Verkehrsverbindung der gesamte Handel des rohstoffreichen Katanga-Gebietes im Süden der Kongokolonie in das deutsche Schutzgebiet hineingezogen worden wäre²¹. Ob auch eine mögliche Fortsetzung dieser Linie durch den Kongo in Richtung auf den Atlantik Mitte der 1890er Jahre bereits im Gespräch war, geht aus den Quellen nicht hervor, ist aber für diese Zeit unwahrscheinlich. Als sicher kann ferner gelten, daß der Entwurf der Deutschen Bank für die Mittellandbahn vor der Jahrhundertwende kein Bestandteil von deutschen territorialen Mittelafrika-Plänen war, sondern daß es sich um ein scharf kalkuliertes, rein ökonomisches Projekt handelte.

Das Direktorium der Deutschen Bank war seit 1895 bereit, die für den Bau der Strecke durch Ostafrika erforderlichen Kapitalien zur Verfügung zu stellen, lehnte es allerdings ab, auch das unternehmerische Risiko zu übernehmen. Der Kompromißvorschlag der Deutschen Bank, der möglicherweise den Vorwurf des Spekulantentums unterlaufen sollte, sah eine mäßige Zinsgarantie des Reiches in Höhe von real etwas über 3 % jährlich für die investierten Summen vor²². Überraschend an diesem Konzept ist nicht nur seine Weiträumigkeit, sondern auch der Finanzierungsplan. Die Zinsgarantie hätte der Deutschen Bank einen kleinen und sicheren Gewinn in Aussicht gestellt, aber verglichen mit den Investitionsmöglichkeiten, die deutschen Banken um die Jahrhundertwende in Europa, in Lateinamerika oder auch in Teilen des britischen Empires zur Verfügung standen, wären diese Renditen gering gewesen. Dort gab es profitversprechende Anlagemöglichkeiten, die fast ebenso sicher waren und deutlich höhere Erträge abgeworfen hätten, als staatlich geförderte Investitionen für Bahnbauten in den deutschen Kolonien.

Dies zeigt, daß die Deutsche Bank durchaus bereit war, imperialistischen staatlichen Vorhaben ihre Unterstützung zu leihen, sofern wenig-

²¹ Vgl. E. ZIMMERMANN, *Die Ostafrikanische Zentralbahn. Der Tanganyikaverkehr und die ostafrikanischen Finanzen*, Berlin 1911, S. 3 ff.; R. TETZLAFF, *Koloniale Entwicklung und Ausbeutung. Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutsch-Ostafrikas 1885-1914*, Berlin 1970, S. 89 ff.

²² Vgl. zu den Verhandlungen im Reichstag und zur Konzeption der Direktion der Deutschen Bank: B. BARTH, *Die deutsche Hochfinanz*, S. 306 f., dort auch die Verweise auf die weiterführende Literatur.

stens eine geringe Rendite zugesagt wurde, beziehungsweise Reichsgarantien das investierte Kapital vor Verlusten schützten. Doch scheiterte dieses Projekt einer Transversalbahn durch Ostafrika in den Jahren 1900 und 1901 im Reichstag²³. Erst die langsame Änderung der Politik der Zentrumspartei, die sich, eingebunden in den Bülow-Block, nach der Jahrhundertwende für staatlich geförderte Projekte in den Kolonien zu erwärmen begann, führte dazu, daß ab 1904 erste Mittel für dieses Bahnbauprojekt bereit gestellt wurden. Doch wurde der Bau der sogenannten Mittellandbahn bis zu den großen Seen erst während der Ära Dernburg forciert, in der insgesamt 265 Millionen Mark direkt für den Eisenbahnbau oder als Garantien für private Anleihen zur Verfügung gestellt wurden. Ab 1912 erwirtschaftete zumindest diese Linie auch bescheidene Gewinne²⁴. Kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde der Bau bis zum Tanganjikasee abgeschlossen, und damit der Süden der belgischen Kongo-Kolonie dem deutschen Handel geöffnet.

Weitere Eisenbahnprojekte in Deutsch-Ostafrika, die im Zusammenhang mit den Planungen zur Aufteilung der portugiesischen Kolonien standen, wurden nach dem Ende der zweiten Marokkokrise vom Kolonialamt gemeinsam mit Bankiers erwogen. Obwohl die Vorbereitungen zur Übernahme von Teilen Mosambiques und Angolas kurz vor dem Ersten Weltkrieg sehr weit gediehen waren, und Nordmosambique trotz der formalen portugiesischen Oberhoheit faktisch bereits von den Deutschen regiert wurde, hatten diese Aktivitäten zu diesem Zeitpunkt noch keine praktischen Auswirkungen für die Ökonomie der deutschen Schutzgebiete selbst²⁵. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges zerschlug alle weiteren Konzepte.

²³ Vgl. zu den Debatten und zur Haltung der Deutschen Bank: Sten. Berichte des Reichstages, 169, S. 4110 ff.; 181, S. 2331; 188, S. 8801 ff.

²⁴ Zur sog. Mittellandbahn und zu weiteren Bahnbauprojekten in Deutsch-Ostafrika vgl. R. TETZLAFF, *Koloniale Entwicklung und Ausbeutung*, S. 84 ff. und 89 ff.; F. SCHIENZINGER, *Die Kolonien und das Deutsche Reich. Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Besitzungen in Übersee*, Wiesbaden - Stuttgart 1984, S. 68 ff.; H. GRÜNDER, *Geschichte der deutschen Kolonien*, S. 157; M.F. HILL, *Permanent Way. The Story of the Tanganyika Railways*, 2, Nairobi 1962, S. 96 und 100 f.; ferner immer noch: E. ZIMMERMANN, *Die Ostafrikanische Zentralbahn*, S. 3 ff.

²⁵ Zu den weit fortgeschrittenen ökonomischen Vorbereitungen zur Aufteilung der portugiesischen Kolonien vgl. B. BARTH, *Die deutsche Hochfinanz*, S. 410-431.

Die dritte Phase begann etwa 1903/04 und endete bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Bereits vor der sogenannten 'Ära Dernburg' (ab 1907), in der eine völlige Neuorientierung der Kolonialpolitik stattfand und staatlicherseits erhebliche Investitionsanreize für das Großkapital geschaffen wurden, versuchte die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes große Firmen und Banken zu Anlagen in den deutschen Kolonien zu bewegen. Einer der Initiatoren dieser Politik, die durch die innenpolitische Situation im Deutschen Reich nun indirekt begünstigt wurde, war der junge Karl Helfferich. Er trat nach seiner Habilitation in die Kolonialabteilung ein und baute das Referat für Statistik in der Hoffnung auf, durch die Vorlage von detailliertem Zahlenmaterial das Interesse der Fachwelt und der Parteien an den Schutzgebieten zu erhöhen. Darüber hinaus förderte Helfferich den Eisenbahnbau, bereitete eine Währungsreform für Deutsch-Ostafrika vor und setzte sich dafür ein, daß einigen Berliner Banken staatliche Anreize zur Gründung von Kolonialbanken gegeben wurden²⁶.

Durch eine Reihe von kleinen, für sich unbedeutenden Projekten sollte wahrscheinlich gleichzeitig der Widerstand des Reichstages gegen staatlich geförderte Investitionen in den Schutzgebieten vorsichtig unterlaufen werden. So wurde beispielsweise die Konzession für die 1904-1905 gegründete Deutsch-Ostafrikanische Bank so abgefaßt, daß eine Zustimmung des Reichstages für ihre Gründung nicht erforderlich war. Dennoch trat Helfferich in seiner Funktion als Kommissar des Bundesrates der Kritik Erzbergers, die sich gegen die finanzielle Förderung von Kolonialgesellschaften richtete, entgegen und machte in einer ausführlichen und betont sachlichen Rede das Parlament mit dem Vorhaben bekannt²⁷. Damit waren bereits kurz vor den großen kolonialen Aufständen Weichenstellungen hin auf verstärkte Investitionsanreize für die deutsche Privatwirtschaft in den Schutzgebieten vorgenommen worden. Diese vorsichtige Politik erbrachte aus der Perspektive der staatlichen Bürokratie in Berlin einige Anfangserfolge. Erstens begann ein Gewöhnungsprozeß, der dazu führte, daß der Reichstag – sicherlich auch sowohl unter dem Eindruck des Herero- und Namakrieges, als auch der Maji-Maji Rebellion – in zunehmendem Maße bereit war,

²⁶ L.H. GANN - P. DUIGNAN, *The Rulers of German Africa 1884-1914*, Stanford 1977, S. 51 f.; zur schillernden Person Karl Helfferichs vgl. immer noch J.G. WILLIAMSON, *Karl Helfferich, Economist, Financier, Politician*, Princeton 1971.

²⁷ Sten. Berichte des Reichstages, Bd. 203, S. 5372 ff.

Finanzmittel für die Kolonien zur Verfügung zu stellen. Zweitens begannen sich nun seriöse Investoren um die Schutzgebiete zu kümmern. Beginnend mit dem Jahre 1904 wurden vier Kolonialbanken und einige kleine Spezialinstitute gegründet. Diese Kolonialbanken waren im einzelnen die Deutsch-Westafrikanische Bank in Togo und Kamerun, die Deutsch-Ostafrikanische Bank und die Handelsbank für Ostafrika in Deutsch-Ostafrika, und die Deutsche Afrikabank in Deutsch-Südwestafrika²⁸. Hinter den meisten dieser neuen Firmen standen mit der Dresdner Bank, verschiedenen Kolonialgesellschaften und indirekt auch der Disconto-Gesellschaft große Berliner Finanzinstitute. Diese Firmen erachteten die Zeit für reif, im kleinen Stil in die Finanzierung der Handelsgeschäfte der Schutzgebiete einzusteigen, wobei Erweiterungsmöglichkeiten offen gelassen wurden.

Die Kolonialabteilung und die regionalen deutschen Dienststellen vor Ort hofften, daß diese Kolonialbanken das wirtschaftliche Leben in den Schutzgebieten durch die Gewährung von Krediten an lokale Unternehmer ankurbeln würden. Ferner sollte der Zahlungsverkehr durch Wechseltransaktionen sowohl mit dem Mutterland, als auch mit französischen und britischen Territorien erleichtert und dadurch der Handel gefördert werden. Ein weiteres, etwas später formuliertes Ziel bestand darin, langfristig die vor allem im Landesinneren vorherrschende Natural- durch eine Geldwirtschaft abzulösen. Vor allem das Gouvernement in Ostafrika hoffte hierbei auf tatkräftige Hilfe der privaten Firmen, da eine eigene Währung für das Schutzgebiet eingeführt werden sollte²⁹. Durch die Einrichtung lokaler Kassen sollten nach und nach auch Lohnzahlungen an afrikanische Arbeiter auf Papiergeld umgestellt werden. Obwohl keine Archive der Kolonialbanken mehr erhalten sind, läßt sich die Geschäftspolitik fast aller Finanzinstitute in den Schutzgebieten mit der Ausnahme Kameruns anhand von parallelen Überlieferungen nahezu lückenlos rekonstruieren. Untersucht man die Transaktionen der Kolonialbanken anhand der Bilanzen und des teilweise überlieferten Schriftverkehrs genau, so zeigt sich, daß fast keines der bei der Gründung gesteckten Ziele erreicht wurde.

Um die Etablierung der Kolonialbanken auch für die Berliner Hochfinanz attraktiv zu machen, stellten die Gouvernementskassen in allen

²⁸ Zu den einzelnen Banken, den unterschiedlichen Motiven bei ihrer Gründung und zu ihrer Entwicklung vgl. B. BARTH, *Die deutsche Hochfinanz*, S. 315-328.

²⁹ Zur Währungsreform in Deutsch-Ostafrika vgl. E.G. JACOB, *Deutsche Kolonialpolitik in Dokumenten*, Leipzig 1938, S. 387; ferner knapp: G. OBST, *Geld-, Bank- und Börsen-*

afrikanischen Schutzgebieten große Teile ihrer Guthaben den neuen Banken zinslos zur Verfügung. Ferner wurde der Deutsch-Ostafrikanischen Bank etwas später das Recht zur Notenemission verliehen, wodurch allen Firmen staatlicherseits indirekt eine geringe Gewinngarantie gewährt wurde. Doch bemühten sich die Banken in den folgenden Jahren in keiner Weise darum, eine eigenständige, auf die kolonialen Ökonomien bezogene Investitionspolitik zu entwickeln. Drei Gründe können hierfür aus den Quellen eruiert werden.

Erstens wären Mittel für koloniale Großprojekte nun zwar verfügbar gewesen, doch scheuten die Kolonialbanken offenbar das hohe unternehmerische Risiko. Sie machten keinerlei Anstalten, sich an der Finanzierung des Eisenbahnbaus, von Bergwerken oder an Großplantagen zu beteiligen, oder auch nur andere deutsche Finanziers und Gesellschaften auf mögliche Geschäfte in diesem Bereich aufmerksam zu machen. Auch ist nicht zu erkennen, daß sie ein Interesse daran hatten, Korrespondenzverbindungen und informelle Kontakte zu französischen und britischen Firmen und Finanzinstituten aufzubauen, die sich in den benachbarten Kolonien bereits teilweise seit Jahrzehnten etabliert hatten. Die deutschen Kolonialbanken begnügten sich mit den bescheidenen, aber sicheren Renditen, die sich aus der Verwaltung der Guthaben der Gouvernements ergaben.

Zweitens war – mit der Ausnahme der ostafrikanischen Küstenregion – der Fernhandel der deutschen Schutzgebiete unterentwickelt, so daß Wechseltransaktionen, also derjenige Geschäftsbereich, der eigentlich charakteristisch für eine Handelsbank war, keine Bedeutung erlangen konnten. Immer wieder finden sich in den Quellen Klagen deutscher Kaufleute darüber, daß besonders die Deutsch-Westafrikanische Bank viel zu hohe Provisionen für die Vermittlung des Zahlungsverkehrs mit Europa forderte. Auch zahlreiche deutsche Kaufleute bedienten sich meist lieber ihrer bewährten englischen und französischen Bankkontakte, statt aus nationalen Gründen das Risiko einer unerprobten und – wegen des geringen Geschäftsumfanges – auch teuren neuen Verbindung einzugehen. Die in Dahomey tätigen hanseatischen Firmen beauftragten beispielsweise im Wechselgeschäft weiterhin die bewährte Banque de l'Afrique Occidentale³⁰.

wesen, Stuttgart 1924²², S. 168 f.; sowie die reichhaltigen Quellenbestände in Bundesarchiv Potsdam (von nun an BA Potsdam), *Reichskolonialamt*, 6411-6415/1.

³⁰ Zur Banque de l'Afrique Occidentale vgl. BA Potsdam, *Reichskolonialamt*, 6439, 23. Mai 1909, Bericht des Regierungskommissars in Lome über die Tätigkeit der Deutsch-

Drittens schließlich, und dies dürfte der wichtigste Grund für den geringen Geschäftsumfang der deutschen Kolonialbanken gewesen sein, gelang es den Bankzentralen in Berlin nicht, fähige Mitarbeiter für den kolonialen Dienst zu rekrutieren. Trotz erheblicher Gehaltsanreize und entgegenkommender Urlaubsregelungen meldeten sich keine erstrangigen Bankiers freiwillig für die unattraktiv erscheinende Aufgabe. Einige der schließlich entsandten Direktoren zeigten sich den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen. Notwendig waren gleichzeitig hohe Zuverlässigkeit, Anpassungsfähigkeit an im Vergleich mit Europa widrige Lebensumstände, Eigeninitiative und die Fähigkeit, sich bei der Anbahnung neuer Geschäfte ein selbständiges Urteil zu bilden. Wegen der schlechten Kommunikationswege mit Berlin ließen sich auch schnelle Entscheidungen, die zum Beispiel 1910 als Reaktion auf einen gut geplanten und niemals aufgeklärten Bankraub in Togo nötig gewesen wären, nicht treffen. 1912 mußte die Deutsch-Westafrikanische Bank einem Angestellten kündigen, der seine im Vergleich zu Europa kaum kontrollierte Position dazu genutzt hatte, die Buchführung zu fälschen³¹. Dies blieb ein extremer Fall, doch gelang es auch der Direktion der Deutsch-Ostafrikanischen Bank trotz erheblicher Gehaltsanreize nicht, eine minimale personelle Kontinuität in den Schutzgebieten zu gewährleisten. Nur durch eine entgegenkommende Regelung beim Urlaubsturnus konnte 1908 verhindert werden, daß drei Beamte der Deutsch-Westafrikanischen Bank gleichzeitig ausschieden³².

Die den Banken von der Kolonialverwaltung und den Gouvernementskassen zur Verfügung gestellten Mittel wurden kaum in koloniale Unternehmungen reinvestiert. Wie eine Analyse der Bilanzen zeigt, wurde das in den Schutzgebieten von den Banken angesammelte Kapital statt dessen in das Deutsche Reich transferiert und dort gewinnbringend durch die Mutterinstitute – etwa durch die Dresdner Bank – angelegt. Die hohen Dividenden der Kolonialbanken, die zeitweise bis zu zehn Prozent betrugen, täuschen darüber hinweg, daß kaum Bankgeschäfte

Westafrikanischen Bank im Kalenderjahre 1908; zu den Klagen über die hohen Provisionen und zu der regierungsamtlichen Kritik an der Deutsch-Westafrikanischen Bank, 6435, 16. April 1908, Geschäftsanweisung des Gouverneurs für den Kommissar; 8. Juni 1908, Aufzeichnung Kräuter über die Revision der Filiale Duala.

³¹ Vgl. BA Potsdam, *Reichskolonialamt*, 6439, Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 27. Mai 1910; Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 12. Juni 1912.

³² Vgl. BA Potsdam, *Reichskolonialamt*, 6415, Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates der Deutsch-Ostafrikanischen Bank am 27. Februar 1908; 6438, Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates der Deutsch-Westafrikanischen Bank vom 20. Mai 1908.

in den Schutzgebieten selbst stattfanden. Diese Institute entzogen durch ihre Finanztransaktionen der kolonialen Regionalwirtschaft und den Kassen der Gouvernements fast alle zur Verfügung stehenden Mittel und reinvestierten sie im Deutschen Reich³³.

Immer wieder stößt man in den Akten des Kolonialamtes auf Klagen darüber, daß die Banken viel zu niedrige Kassenbestände gehalten hätten. Ein absoluter Tiefpunkt fand sich bei der Deutsch-Westafrikanischen Bank in Togo im August 1910. Täglich fälligen Forderungen des Gouvernements in Höhe von 2,8 Millionen Mark standen lediglich Barmittel von 81.000 Mark gegenüber. Dies entsprach einer Deckung von 2,85 Prozent³⁴. Auch deshalb entwickelte sich die Tätigkeit der Kolonialbanken im hohen Maße kontraproduktiv für die Ökonomie der Schutzgebiete selbst, erbrachte aber einzelnen Firmen im Deutschen Reich Gewinne. Gleichzeitig wurde die Tätigkeit der Gouvernementskassen behindert, da sie ihre Barmittel den Banken zur Verfügung gestellt hatten, aber selbst über keinen unmittelbaren Zugriff mehr auf ihre Gelder verfügten.

Nur eines der bei der Gründung der Kolonialbanken gesteckten Ziele wurde zumindest in Ostafrika und in Togo im Ansatz erreicht. Die Kolonialgesellschaften gingen dazu über, Lohngehälter für afrikanische Arbeiter nicht mehr in Waren oder in Münzgeld, sondern in Papiergeld zu zahlen, beziehungsweise in einigen Fällen auch auf Konten zu überweisen. Ein Teil des Lohnes derjenigen farbigen Arbeiter, die für die Togo Pflanzungsgesellschaft tätig waren, wurde automatisch bei der Deutsch-Westafrikanischen Bank deponiert³⁵. Damit sollte, dies dürfte ein Nebengedanke gewesen sein, Kontraktbrüchen vorgebeugt werden. Durch derartige Maßnahmen ist ein beginnender Gewöhnungsprozeß auch der indigenen Bevölkerung an europäische Modalitäten des Zahlungsverkehrs anzunehmen. Allerdings kann aus den bekannten Quellen nicht abgeleitet werden, ob dies Einzelfälle blieben, oder ob die lokale und regionale afrikanische Wirtschaft, sowie das Verhalten afrikanischer Arbeiter dadurch nachhaltig beeinflußt wurde.

Nur ein Fall ist bekannt, bei dem Berliner Bankiers auf eigene Initiative und ohne jeden staatlichen Anreiz sofort im großen Stile aktiv

³³ Vgl. hierzu etwa BA Potsdam, 80 Ba 2, 22. Januar 1930, Rhode an Weigelt.

³⁴ BA Potsdam, *Reichskolonialamt*, 6434, 9. Mai 1911, Lindequist an Gouverneur in Busa.

³⁵ Vgl. A.J. KNOLL, *Togo under Imperial Germany 1884-1914*, Stanford 1978, S. 86.

wurden. Etwa 25 Jahre nach der Gründung des deutschen kolonialen Imperiums kam es endlich zu den ersehnten spekulativen Rohstoffunden. 1908 wurden in Deutsch-Südwestafrika durch einen Zufall in der weg- und wasserlosen Wüste Namib die zweitgrößten Diamantenvorkommen der Welt entdeckt. In Lüderitzbucht lösten diese Funde ein Diamantenfieber unter den deutschen Ansiedlern und Farmern aus. Unter dramatischen Begleitumständen brachen viele binnen weniger Wochen mit Ochsentrecks in die Wüste auf, wo die kostbaren Steine unter einer dünnen Sandschicht lagen und nur aufgesammelt werden mußten. Etwas später wurden sogar Truppen in die Region verlegt, um Abenteuerertum vorzubeugen.

Direkt nachdem zuverlässige Nachrichten über die Funde ins Deutsche Reich gelangt waren, organisierten mehrere deutsche Großbanken unter der Leitung der Berliner Handelsgesellschaft und mit Rückendeckung des Kolonialamtes eine effektive Verkaufsorganisation, die Diamantenregie, die den Handel gesetzlich monopolisierte. Die Regie erhielt eine nicht unproblematische juristische Doppelstellung: Erstens wurde sie in der Form einer privatrechtlichen Kolonialgesellschaft mit dem privatem Kapital der wichtigsten deutschen Großbanken gegründet, und zweitens wurde ihr die Verwaltung eines öffentlichen Rechtes übertragen³⁶. Da die Berliner Bankiers gleichzeitig im indirekten Zusammenhang mit der Regie ein kompliziertes Firmengeflecht von verschiedenen Gesellschaften schufen, die sowohl an der Diamantenproduktion und am Handel, als auch an der Weiterverarbeitung beteiligt waren, warf das Geschäft mit den Diamanten von Anfang an für sie erhebliche Profite ab. Der gesetzliche Ablieferungszwang an die Regie und ihre staatlich sanktionierte Monopolstellung beim Diamantenverkauf, durch die die Großbanken begünstigt wurden, stieß jedoch sowohl bei den deutschen Minengesellschaften in Südwestafrika, als auch bei den Siedlern auf offenen Widerstand. Da alle Verkaufspreise von der Regie und damit von den Berliner Bankiers ausgehandelt wurden, fühlten sich die südwestafrikanischen Produzenten übervorteilt.

Die britische De-Beers Gruppe, die faktisch bis dahin über ein Weltmonopol im Diamantenverkauf verfügt hatte, war gerne bereit, einzelnen deutschen Diamantensuchern und kleinen Firmen überhöhte Preise zu zahlen, um die einheitliche Verkaufsorganisation der Regie zu sprengen. Unterschiedliche Konzeptionen für die Verkaufsstrategie lagen

³⁶ Vgl. hierzu: FR.W. VON HUMBOLDT-DACHROEDEN, *Die deutsche Diamantpolitik*, Jena 1918, S. 103 ff. und 110.

den Streitigkeiten auf deutscher Seite zugrunde. Während die südwestafrikanischen Siedler, die Diamantensucher und die Gesellschaften vor Ort so schnell wie möglich reich werden und daher alle ihre Diamanten sofort verkaufen wollten, verfolgten das Kolonialamt und die Berliner Bankiers eine langfristig orientierte und zentral gesteuerte Absatzpolitik. Die Finanziers befürchteten zu Recht, daß einerseits Raubbau an den Feldern getrieben und daß andererseits große unkontrollierte Verkäufe den Weltmarktpreis nachhaltig drücken würden. Dies hätte gleichzeitig die britische De Beers Gruppe begünstigt, die zwar an stabilen Preisen interessiert war, zugleich aber auch über gut gefüllte Kampffonds verfügte, mit denen sie einen Preiskrieg gegen die deutsche Konkurrenz durchsetzen konnte. Um die Preise langfristig hoch zu halten, setzte die Regie gegen den erbitterten Widerstand der Förderer stets weniger Diamanten ab, als möglich gewesen wäre³⁷.

Aus der sich über mehrere Jahre hinziehenden Kraftprobe zwischen den großen Minengesellschaften und den Berliner Bankiers gingen die Diamantenförderer als Sieger hervor. Diese verstanden es – auch durch gute Kontakte zur deutschen Presse und durch die Hilfe des Publizisten Paul Rohrbach – sich gegenüber dem Reichstag und der veröffentlichten deutschen Meinung als tatkräftige Kolonialpioniere darzustellen, die von mächtigen Banken um die Früchte ihrer harten Arbeit gebracht wurden. Die Bankiers verzichteten auf eine gleichwertige Öffentlichkeitsarbeit, weil sie sich ganz auf ihre guten Kontakte zum Kolonialamt verließen. Doch geriet die Berliner Staatsbürokratie schon bald unter den massiven Druck des Reichstages und der Presse. Im Winter 1913 mußten sich die Bankiers aus der Regie zurückziehen. Der deutschen Öffentlichkeit und den Parteien wurde dabei nicht bewußt, daß es sich bei den Minengesellschaften schon bald um weniger als zehn Firmen handelte, die zuvor keinerlei Interesse an Deutsch-Südwestafrika gezeigt hatten und die nun nicht nur die Diamantenproduktion, sondern auch den Absatz in ihre Hand bekommen wollten³⁸.

4.

Bedauerlicherweise ist im Detail nur sehr wenig über die regionalen afrikanischen Wirtschaftsstrukturen und die Handelskreisläufe vor der

³⁷ Vgl. im einzelnen B. BARTH, *Die deutsche Hochfinanz*, S. 328-342.

³⁸ *Ibidem*, S. 336 ff.

Eroberung durch die Europäer bekannt – zuverlässige statistische Angaben fehlen völlig. Aussagen über die Frage, wie regionale oder gar lokale afrikanische wirtschaftliche Gegebenheiten durch das ökonomische Eingreifen von privaten Gesellschaften und Banken, die teilweise im Dienste der deutschen Kolonialmacht standen, beeinflußt oder verändert wurden, sind im hohen Maße spekulativ. Da quantitative und seriell verwertbare Daten fehlen, muß ein notwendigerweise unvollständiges Bild aus vereinzelt deutschen Quellen konstruiert werden.

Beispielsweise fehlt bis heute eine grundlegende Untersuchung über den Modernisierungsschub, den der in der Ära Dernburg forcierte Eisenbahnbau in allen deutschen Schutzgebieten hervorgerufen hat. Tiefgreifende sozioökonomische Umschichtungs- und Akkulturationsprozesse sind sicher zu vermuten, die allerdings von den Kolonialbehörden in keiner Weise intendiert waren. Erstens kam es zu erheblichen Bevölkerungsbewegungen, da afrikanische Arbeiter und nach den großen Kolonialkriegen wahrscheinlich auch Zwangsarbeiter, rekrutiert aus Kriegsgefangenen, im großen Stil bei den Bauvorhaben herangezogen wurden. Zweitens dürfte die afrikanische Wahrnehmung des Raum-Zeit Verhältnisses durch den aufoktroierten Technologieschub nachhaltig beeinflußt worden sein – ähnliche Prozesse sind aus der europäischen Industrialisierung gut bekannt. Drittens schließlich ist eine Verlagerung der Handelswege und eine grundlegende Umstrukturierung der afrikanischen Regionalwirtschaften bis hin zur Um- und Neubildung afrikanischer Wirtschaftseliten sicher anzunehmen.

Alle deutschen kolonialen Eisenbahnen wurden zur Erschließung von Rohstoffvorkommen oder aus strategischen Erwägungen heraus errichtet. Beispielsweise diente die von der Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft errichtete Otavi-Bahn im Norden Deutsch-Südwestafrikas für den Transport von Kupfer von den Lagerstätten zum Meer. Fast alle Linien in Kamerun wurden hingegen auf Grund von militärischen Überlegungen errichtet. Nach den Erfahrungen des Hererokrieges sollte mittels einer verbesserten Infrastruktur Aufständen vorgebeugt und schnelle Truppenverschiebungen ermöglicht werden³⁹. Daher standen diese Aspekte auch in den deutschen Quellen und in der deutschen Wahrnehmung des kolonialen Lebens eindeutig im Vordergrund, während die weitreichenden Auswirkungen des Eisenbahnbaus auf die Afrikaner die deutschen Kolonialherren wenig interessierten. Der Einfluß

³⁹ Zu den Eisenbahnbauten in Kamerun vgl. immer noch H. SCHÖMANN, *Der Eisenbahnbau in Kamerun unter deutscher Kolonialherrschaft*, Dissertation, Berlin 1965.

der Eisenbahnen auf die lokalen und regionalen afrikanischen Milieus und auf die Stammesstrukturen in den Kolonien spielt – mit einigen auf Steuereinnahmen bezogenen Ausnahmen – in den deutschen Quellen keine Rolle.

Lediglich indirekt lassen sich Schlüsse über die Verschiebung der afrikanischen Wirtschaftsräume als eine direkte Folge der Tätigkeit deutscher privater Gesellschaften ziehen. In Westafrika deckten sich beispielsweise weder die ethnischen Strukturen, noch die dadurch teilweise mitbedingten traditionellen Handelswege mit den von den Kolonialmächten gezogenen Grenzen. Die vorkolonialen kommerziellen Verbindungen der Küstenregion verliefen vorwiegend parallel zum Atlantischen Ozean, und diese Routen wurden durch die kolonialen Grenzziehungen, durch Zollschranken und durch weitere Maßnahmen der Kolonialmächte gekappt. Die ständigen Klagen der Kolonialbürokratie über den sogenannten Schmuggel deuten aber darauf hin, daß etwa in Togo und Kamerun die alten Verbindungen rege weiter benutzt wurden⁴⁰. Zwischen dem Togogebiet und den benachbarten britischen Kolonien bestand gleichzeitig ein Ungleichgewicht in der Handelsbilanz, so daß faktisch ein Import von Silbermünzen in das deutsche Schutzgebiet stattfand. Dieser war so umfangreich, daß die Bank of British West Africa sich zeitweise sogar um die Gründung einer eigenen Filiale in Lome bemühte, um die Vermittlung des Silberhandels in ihre Hand zu bekommen. Doch wurde ihr deutscherseits keine Konzession gewährt⁴¹.

Die Etablierung der Deutsch-Westafrikanischen Bank in Togo hatte zur Folge – so läßt sich indirekt schließen –, daß sich die Finanzierung des Exportes stärker als zuvor auf das deutsche Mutterland auszurichten begann⁴². Da die Deutsch-Westafrikanische Bank keine Filialen in britischen Territorien unterhielt und ihre Direktoren zunächst auch keinerlei Initiativen zeigten, um eine Korrespondenzverbindung zu einem britischen Partnerinstitut aufzubauen, trug die Bank auch nichts zur Behebung des Ungleichgewichtes in der Zahlungsbilanz der Kolonie bei. Erst 1912 kam eine Vereinbarung mit der Bank of British West

⁴⁰ Hierzu und zu den weiterführenden Quellen vgl. B. BARTH, *Die deutsche Hochfinanz*, S. 317 ff.

⁴¹ Vgl. BA Potsdam, *Reichskolonialamt*, 6436, 14. März 1904, Deutsch-Westafrikanische Handelsgesellschaft an Kolonialabteilung; 1. Juni 1904, Gouverneur an Haxworth.

⁴² Zu diesen Zusammenhängen vgl. P. SEBALD, *Togo 1884-1914. Eine Geschichte der deutschen 'Musterkolonie' auf der Grundlage amtlicher Quellen*, Berlin 1988, S. 397.

Africa über die Lieferung von englischem Silbergeld, das sich in Lome angesammelt hatte, zustande⁴³. Durch diese Zurückhaltung des deutschen Finanzinstitutes bei der Förderung des interkolonialen Handels haben sich wahrscheinlich die traditionellen Handelskontakte zumindest der Küstenregion abgeschwächt, auch wenn sie nicht wirklich unterbunden wurden.

Vergleichsweise mehr als über den Handel von Togo ist über die Küstenregion von Deutsch-Ostafrika bekannt. Diese stand traditionell in einem engen politischen und vor allem wirtschaftlichen Verhältnis zu dem Sultanat von Sansibar. Von dort aus wurde der Fernhandel bis nach Indien oder in den arabischen Raum abgewickelt. In dem ökonomisch hoch entwickelten Sansibar waren auch britische Banken vertreten, die deutschen Handelshäusern günstige Konditionen boten. Nachdem zwei deutsche Banken in Deutsch-Ostafrika gegründet worden waren, ist anzunehmen, daß sich der Transithandel tendentiell von Sansibar fort orientierte. Da indische Rupien vor allem an der Küste benutzt wurden, wurde auch die von der Deutsch-Ostafrikanischen Bank emittierte Währung für Deutsch-Ostafrika in Rupien ausgegeben. Drei deutsche Rupien entsprachen etwa vier Mark⁴⁴. Die deutschen Kolonialbanken profitierten von diesem Fernhandel, denn die Deutsch-Ostafrikanische Bank verschaffte sich von Anfang an eine – wenn auch kleine – finanzielle Basis, indem sie Wechsel, die in Ostafrika auf Bombay gezogen wurden, in Indien verkaufte⁴⁵. In ihrer Investitionspolitik begünstigten die Finanziere eindeutig die deutschen Siedler und Firmen. Afrikanische Gesuche nach Hypothekenkrediten wurden in allen Schutzgebieten grundsätzlich abgelehnt, vordergründig um Landspekulationen schon im Vorfeld zu unterbinden. Wie das Beispiel Togos zeigt, kannten farbige Kleinunternehmer in der Regel die Klima- und Bodenverhältnisse weit besser als deutsche Investoren, doch stand den indigenen Farmern nicht das notwendige Kapital zur Verfügung, um mit deutschen großen Plantagen direkt zu konkurrieren⁴⁶. Da Farbigen Kredite verweigert wurden, hatten indigene Unternehmer in den tropischen Kolonien mit einem erheblichen Standortnachteil im Vergleich zu deutschen Plantagenpflanzern zu kämpfen.

⁴³ Vgl. BA Potsdam, *Reichskolonialamt*, 6439, Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 12. Juni 1912.

⁴⁴ Zu den deutschen Rupien vgl. G. OBST, *Geld-, Bank- und Börsenwesen*, S. 168 f.

⁴⁵ Hierzu B. BARTH, *Die deutsche Hochfinanz*, S. 321.

⁴⁶ Vgl. die Angaben bei A.J. KNOLL, *Togo*, S. 139.

Die Perzeption der indigenen Bevölkerung durch die Berliner Bankiers zeigt weitgehend patriarchalische Züge. Rassische oder rassistische Gedanken sind bei den Finanziers, im Gegensatz zu einigen Militärs und Siedlern vor Ort, nicht zu erkennen. Diese patriarchalische Einstellung läßt sich etwa anhand der Bemühungen demonstrieren, in den afrikanischen Schutzgebieten und auf einigen Pazifikinseln Sparkassen zu errichten, um den «Eingeborenen» den Wert von zinsbringenden Geldanlagen nahe zu bringen. Mit dem Einverständnis der Gouvernementsbehörden bot die Sparkasse der Deutsch-Westafrikanische Bank mit vier Prozent einen günstigen Zinssatz für Sparbücher an, die von Farbigen eingerichtet wurden. Die Kasse betonte, daß durch dieses nicht auf Gewinn ausgerichtete Angebot der wirtschaftliche Sinn der «Eingeborenen» gefördert werden solle. Doch war dieser 'wirtschaftliche Sinn der Eingeborenen' durchaus vorhanden. Die Sparkassen stießen, wie auch in Ost- und in Südwestafrika, auf großes Mißtrauen, nicht weil der Wert von Zinsen nicht erkannt worden wäre, sondern weil kurz zuvor die Natural- durch eine Geldsteuer abgelöst worden war. Die Sparkassen wurden verdächtigt, mit den ungeliebten deutschen Steuerbehörden zusammenzuarbeiten. Die Einrichtung eines Sparkontos wurde als gleichbedeutend mit einer Offenlegung der Vermögensverhältnisse vor dem Fiskus angesehen. Auch wenn sich dieses Mißtrauen kurz vor dem Ersten Weltkrieg etwas legte, blieb die Zahl mit zuletzt 290 Konten, die bei der Deutsch-Westafrikanischen Bank für Farbige geführt wurden, sehr gering⁴⁷.

Fazit: Die Tätigkeit der meisten Konzessionsgesellschaften und Banken in den deutschen Schutzgebieten weist nur geringe Bezüge zu den kolonialpolitischen Debatten im Deutschen Reich auf, wo über die Bedeutung künftiger afrikanischer Rohstoff- und Absatzmärkte für die deutsche Volkswirtschaft diskutiert wurde. Insofern muß die Frage, ob diese Gesellschaften und Finanzinstitute mehrheitlich im Sinne des deutschen staatlichen Imperialismus in den Kolonien tätig wurden, verneint werden. Von den erwähnten drei Ausnahmen abgesehen kalkulierten fast alle deutschen Finanziers in der Zeit bis nach der Jahrhundertwende nach kaufmännischen Erwartungen, bei denen die Kosten in ein Verhältnis zu den möglichen Gewinnen gesetzt wurden. Mit

⁴⁷ Vgl. BA Potsdam, *Reichskolonialamt*, 6444, Satzung für die Sparkasse der Deutsch-Westafrikanischen Bank, 30. Juli 1909, Lindequist an Gouverneur Lome; Auszug aus dem 4. Geschäftsbericht der Deutsch-Westafrikanischen Bank für das Jahr 1910; vgl. auch K. GÄRTNER, *Togo. Finanztechnische Studie über die Entwicklung des Schutzgebietes unter deutscher Verwaltung*, Darmstadt 1924, S. 10 f.

ihren betriebswirtschaftlichen Berechnungen kamen sie zu dem Schluß, daß sich Investitionen in den Kolonien für ihre Firmen nicht rentieren würden. Aus der Perspektive der betroffenen pazifischen und mehr noch der afrikanischen Völker stellte sich diese aus heutiger historischer Perspektive sinnvolle Differenzierung in – einerseits – Interessen der privatwirtschaftlichen Firmen und – andererseits – solche der deutschen Volkswirtschaft allerdings anders dar. Die indigenen Kulturen kamen vor allem im Hinterland der Schutzgebiete häufig wenig mit den staatlichen Verwaltungsinstanzen in Kontakt, wurden aber sehr wohl unmittelbar von den ökonomischen Umbrüchen betroffen, die durch die Tätigkeit von deutschen und europäischen Unternehmen und Banken direkt oder indirekt hervorgerufen wurden. Auch die Frage, ob und inwieweit sich der deutsche Kolonialismus ökonomisch ‘ge- lohnt’ hat, bedarf einer differenzierten Betrachtung. Die volkswirtschaftliche Gesamtbilanz war – nicht zuletzt durch die enorm hohen Kosten, die die Kolonialkriege verursachten –, sicherlich eindeutig negativ. Doch zeichnete sich auf der betrieblichen Ebene in den drei- bis vier Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Trendwende ab. Vor allem nachdem in der Ära Dernburg der Eisenbahnbau mit staatlicher Hilfe forciert worden war und nachdem – mitbedingt durch die Folgen der großen Kolonialkriege – das Reich in verwaltungstechnischer und administrativer Hinsicht ein weit stärkeres Engagement als zuvor zu zeigen bereit gewesen war, änderten sich auch die generellen strukturellen Voraussetzungen für private Investitionen. Große deutsche Banken begannen sich intensiv mit einzelnen kolonialen Projekten zu befassen und auf eigene Initiative hin Kapital anzulegen, ohne daß in jedem Falle staatliche Gewinngarantien notwendig gewesen wären. In denjenigen Fällen, wo die Privatwirtschaft sich dennoch zurückhielt, sprang – wie beim Eisenbahnbau – der Fiskus ein und schuf damit die Infrastruktur für weitergehende private Unternehmungen.

Ein wenig bekanntes Beispiel soll dies illustrieren: 1903 beschäftigte sich die Deutsche Bank mit der Möglichkeit, in Südwestafrika eine kleine Hypothekenbank zu gründen, um deutschen Siedlern das für den Ausbau ihrer Farmen dringend benötigte Kapital auf dem Kreditwege zur Verfügung zu stellen. Doch kam Direktor Steinthal zu dem Schluß, daß ein solches Institut selbst bei bester Entwicklung nicht rentabel arbeiten konnte⁴⁸. Diese Einschätzung änderte sich in der Privatwirtschaft zwar nicht, doch wurden 1913 durch Schutzgebietsanleihen Mittel zur Gründung einer staatlichen Landwirtschaftsbank aufgebracht,

⁴⁸ Vgl. BA Potsdam, *Reichskolonialamt*, 6427, 6. Februar 1903, Steinthal an Leutwein.

die nach englischem Vorbild organisiert wurde⁴⁹. Damit war durch staatliche Aktivitäten eine weitere Voraussetzung geschaffen worden, die mittelfristig privates Kapital in verstärktem Maße angezogen hätte.

Dieser Befund läßt sich auch mit empirischen Angaben untermauern: 1906 waren – den amtlichen Statistiken zufolge – etwa 229 Mill. Mark an privaten und 61 Mill. Mark an staatlichen Mitteln in den deutschen Schutzgebieten investiert worden. Diese Summen verdreifachten sich bis 1914 auf 500 Mill. privater und 440 Mill. staatlicher Anlagen⁵⁰. Allerdings geht aus diesen Zahlen nicht hervor, welcher Anteil der privaten Investitionen produktiv angelegt, und welcher Teil lediglich spekulatives Börsenkapital war. Aus den bisherigen Ausführungen kann geschlossen werden, daß es sich vor 1906 überwiegend um reine Spekulationsobjekte handelte, während sich danach der Anteil mehr und mehr hin auf produktive Investitionen verschob. So begann die Deutsche Bank 1913 ihre Zurückhaltung abzulegen und Plantagenbetriebe direkt zu finanzieren. Mit ihrer organisatorischen Hilfe wurde die Tabakbau- und Pflanzungsgesellschaft Kamerun AG mit 2,6 Mill. Mark Aktienkapital gegründet, woran die Berliner Großbank etwa mit einem Fünftel beteiligt war. Es wurde angenommen, daß die neue Gesellschaft ab 1915/16 auch Dividenden würde zahlen können⁵¹.

Dies zeigt, daß sich kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine weitere Weichenstellung in der deutschen Kolonialgeschichte abzeichnete. Die zunehmenden staatlichen Investitionen zogen privates Kapital an, das auch Renditen abzuwerfen begann. Ob die Kolonien allerdings jemals – eine längere friedliche Entwicklung vorausgesetzt – auch für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt rentabel geworden wären, muß angesichts der Erfahrungen anderer Kolonialmächte in Afrika bezweifelt werden. Für den Fall der – quantitativ unbedeutenden – deutschen Schutzgebiete in der Südsee hingegen ist dies wahrscheinlich, da hier das System der chartered companies besser und länger funktionierte als in Afrika, und diese Territorien – mangels Alternative – auch im Bereich der Administration von Anfang an nach betriebswirtschaftlichen Kriterien organisiert worden waren.

⁴⁹ Vgl. A. AUSTERHOFF, *Die Banken in den deutschen Kolonien, Rechts- und Staatswissenschaftliche Dissertation*, Greifswald 1918, S. 35 ff.

⁵⁰ Vgl. die Angaben bei L.H. GANN, *Economic Development in Germany's African Empire*, in L.H. GANN - DUIGNAN, *Colonialism in Africa*, Cambridge 1970, 4, S. 213-255, hier S. 217 ff.

⁵¹ Vgl. BA Potsdam, 80 Ba 2, 10099, Protokoll der Gesellschafter-Versammlung von 1913 und Aufzeichnung vom 22. Februar 1941.

